



Auswirkungen des Corona-Virus auf die deutsche Wirtschaft

2. DIHK-Blitzumfrage März 2020

 **Gemeinsam WirtschaftStärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Das Wesentliche in Kürze

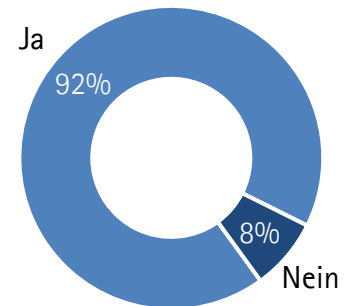
Die Auswirkungen des Corona-Virus treffen die deutsche Wirtschaft in ihrer gesamten Breite. Deutlich mehr als 90 Prozent der Unternehmen spüren bereits jetzt negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte. Schutzmaßnahmen bringen die Geschäftstätigkeit zum Teil vollständig zum Erliegen, Lieferketten geraten ins Stocken, Waren und Dienstleistungen werden weniger nachgefragt.

Mehr als 80 Prozent der Unternehmen erwarten Umsatzrückgänge, jedes vierte Unternehmen befürchtet sogar Rückgänge von mehr als 50 Prozent. Immer mehr Betriebe sehen sich aufgrund der Krise in ihrer Existenz gefährdet. 40 Prozent haben mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen. Äußerst bedenklich ist, dass sich 18 Prozent bereits von einer Insolvenz bedroht sehen.

Die Corona-Krise wirkt sich auch deutlich auf die Beschäftigungspläne der Unternehmen aus. 38 Prozent der Betriebe in der Gesamtwirtschaft sieht sich gezwungen, Personal abzubauen. In der Reisewirtschaft und im Gastgewerbe müssen sogar zwei von drei Unternehmen Stellen streichen.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass staatliche Unterstützungsleistungen dringend benötigt werden. Die bereits verabschiedeten Hilfsmaßnahmen zur Beschäftigungs- und Liquiditätssicherung haben aus Sicht der Unternehmen hohe Relevanz. Vor allem beim Kurzarbeitergeld und bei staatlichen Zuschüssen sehen die Betriebe mittelfristig aber noch Nachbesserungsbedarf. Wichtig ist es, dass die Hilfen unbürokratisch und schnell bei den Unternehmen ankommen.

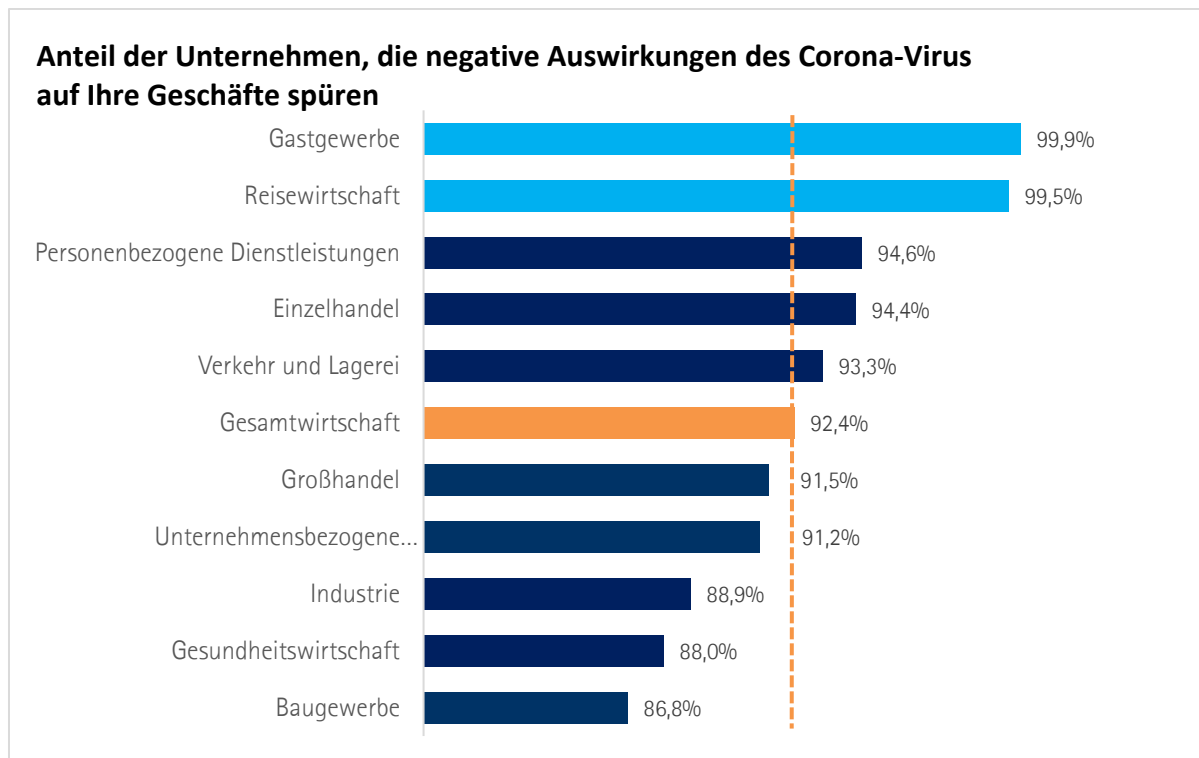
Anteil der Unternehmen, die negative Auswirkungen des Corona-Virus auf ihre Geschäfte spüren



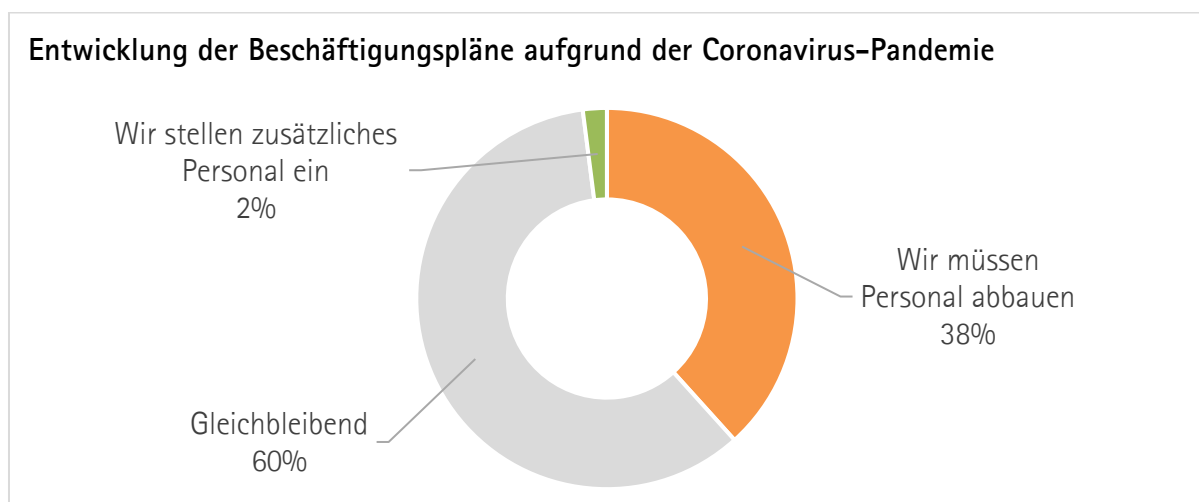
Unterstützungsmaßnahmen von besonderer Relevanz	
Soforthilfen in Form von Zuschüssen	69%
Kurzarbeitergeld	68%
Steuerstundungen / Herabsetzung von Vorauszahlungen	61%

Krise trifft die gesamte Wirtschaft

Die Auswirkungen des Coronavirus treffen die deutsche Wirtschaft in ihrer gesamten Breite. Deutlich mehr als 90 Prozent der Unternehmen spüren bereits jetzt negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte. Im Gastgewerbe und in der Reisewirtschaft sind es annähernd hundert Prozent der Betriebe. Während in der Vorumfrage (3.-6. März 2020) noch knapp die Hälfte der Betriebe in Folge der Corona-Krise Umsatzrückgänge erwartete, liegt dieser Wert inzwischen bei über 80 Prozent. Das zeigt, mit welcher Dramatik sich die Situation für die Unternehmen zuspitzt.

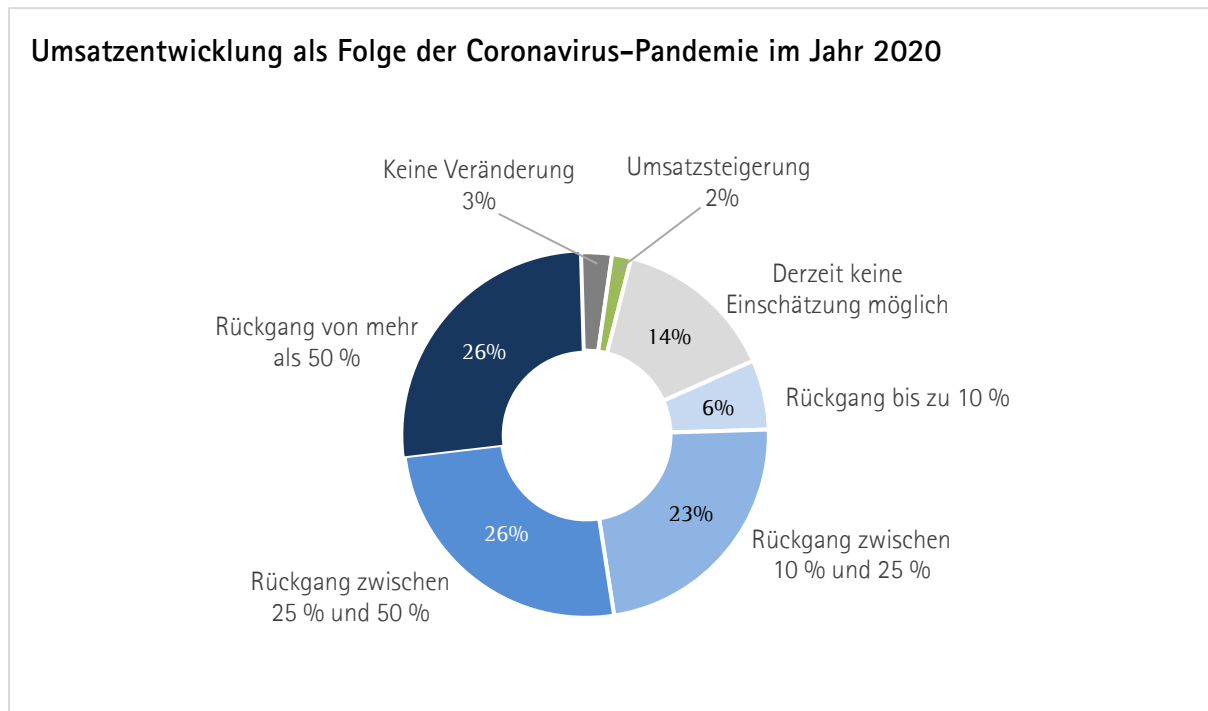


Dies schlägt sich auch in den Beschäftigungsplänen der Betriebe nieder. 38 Prozent sehen sich gezwungen, Beschäftigung abzubauen. Nur ein Bruchteil der Betriebe – egal ob groß oder klein – stellt derzeit zusätzliches Personal ein. Beim Blick auf die Branchen zeigt sich, dass insbesondere das Gastgewerbe (71 Prozent) sowie die Reisewirtschaft (65 Prozent) Einschnitte vornehmen müssen.



Umsätze drohen massiv einzubrechen

Bundesweit befinden sich die Unternehmen in einer kritischen Lage. Für eine Reihe von Betrieben stellt sich bereits jetzt die Existenzfrage. Für das Gesamtjahr 2020 rechnen mehr als 80 Prozent der Unternehmen mit Umsatzeinbrüchen. Mehr als jedes vierte Unternehmen geht sogar davon aus, in diesem Jahr Umsatzrückgänge von mehr als 50 Prozent beklagen zu müssen.



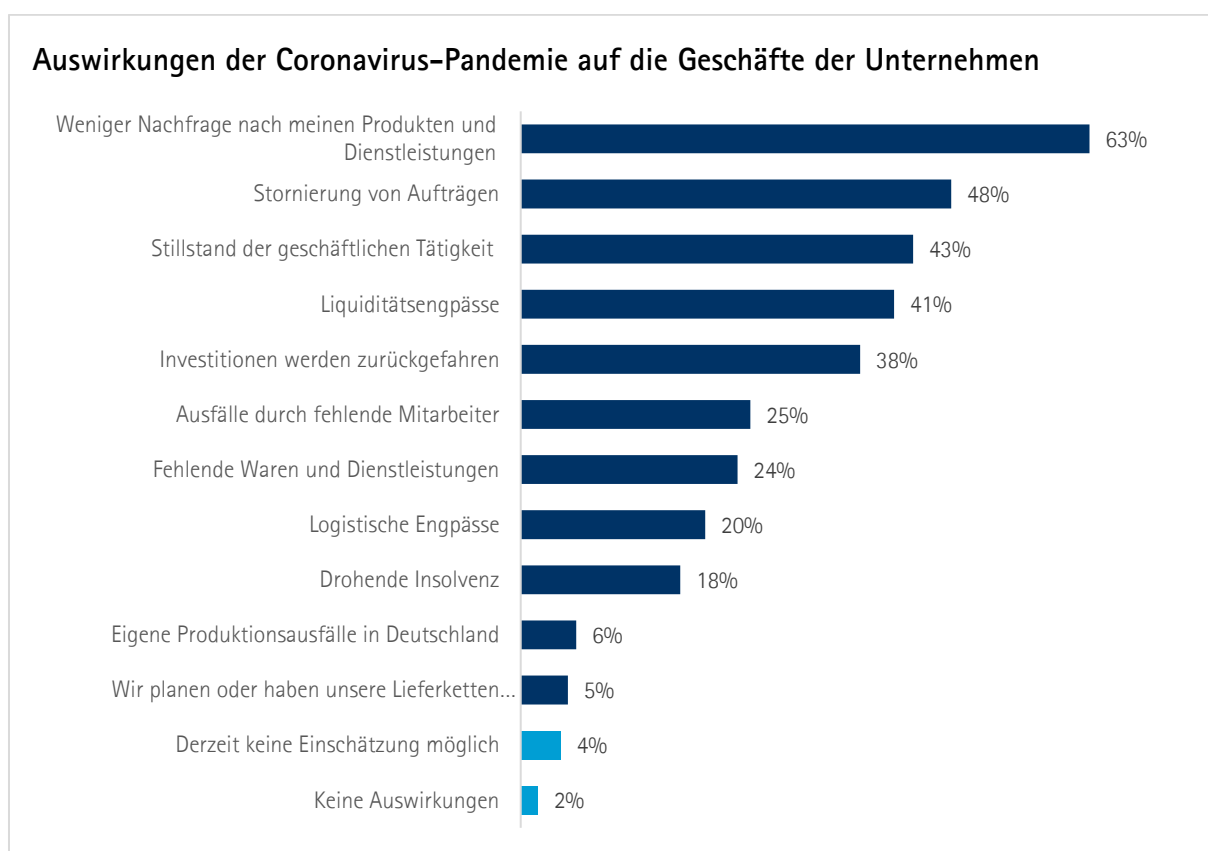
Dabei sind es insbesondere die kleinen Betriebe sowie Betriebe des Gastgewerbes und der Reisewirtschaft, die von extremen Rückschlägen ausgehen. In diesen Branchen rechnen 54 bzw. 71 Prozent der Betriebe mindestens mit einer Halbierung ihrer Umsätze. Aber auch im Einzelhandel, bei den personennahen Dienstleistern und den unternehmensnahen Dienstleistern erwarten jeweils mehr als ein Viertel der Unternehmen diese dramatischen Umsatzeinbrüche.

Insgesamt nur vier Prozent der Betriebe sehen keine Umsatzveränderung oder sogar eine Umsatzsteigerung in diesem Jahr. Das unterstreicht die enormen Herausforderungen, vor denen die Betriebe stehen.

Herausforderungen an allen Fronten

Die Unternehmen bekommen die Auswirkungen der Corona-Krise auf mehreren Wegen zu spüren. Mehr als 60 Prozent sehen einen Rückgang der Nachfrage nach Produkten oder Dienstleistungen ihres Betriebes. Diese Beobachtung zieht sich durch alle Branchen, auch durch die Industrie. Fast die Hälfte der Betriebe berichtet von stornierten Aufträgen. Im Gastgewerbe oder dem Einzelhandel ist ein Stillstand der Geschäftstätigkeit durch geschlossene Läden zu beobachten. Auch viele personennahe Dienstleister wie Kosmetikstudios oder Friseursalons sind von Schließungen betroffen.

Die Dramatik der Krise zeigt sich daran, dass vier von zehn Unternehmen schon jetzt über Liquiditätsengpässe berichten und sich bereits in dieser Woche 18 Prozent der Unternehmen angesichts der Corona-Krise von einer Insolvenz bedroht fühlen. Das unterstreicht, dass staatliche Unterstützungsleistungen dringend benötigt werden, damit unverschuldete Insolvenzen vermieden werden können.



In den Lieferketten sind ebenfalls Herausforderungen eines kaum gekannten Ausmaßes nunmehr an der Tagesordnung. Jeder vierte Betrieb berichtet über fehlende Waren oder Dienstleistungen in seiner Produktion, jeder fünfte berichtet über logistische Engpässe. In der Industrie gibt es bereits bei jedem fünften Unternehmen Produktionsausfälle hierzulande. Jedes achte Industrieunternehmen muss seine Lieferketten umstellen.

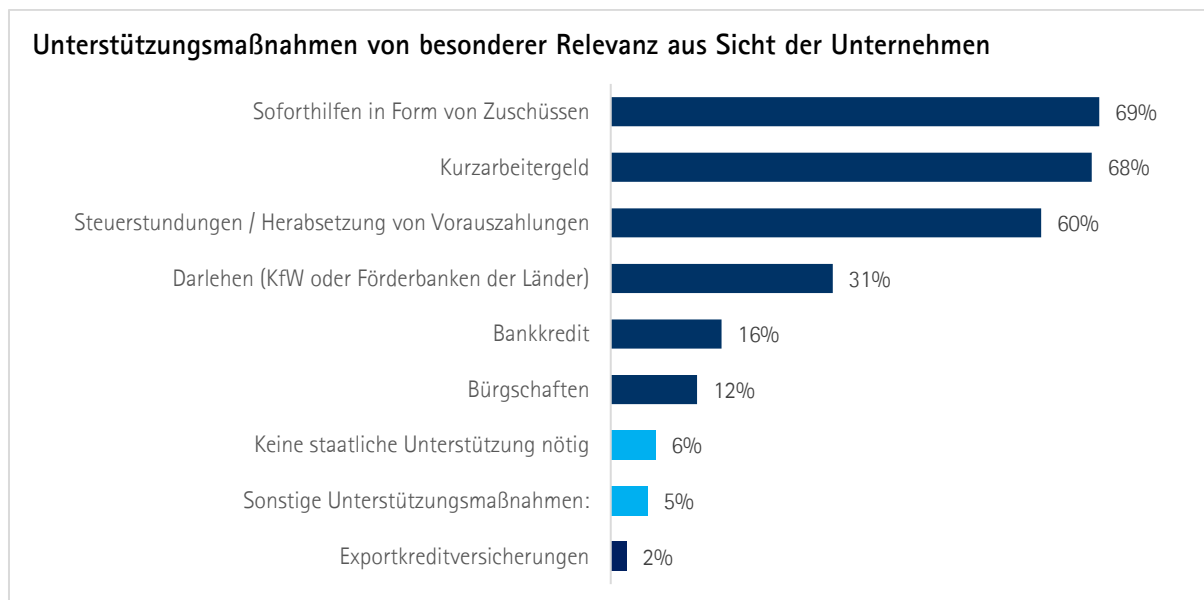
Die negativen Auswirkungen der Corona-Krise fallen für die Unternehmen in vielen Bereichen bereits jetzt wesentlich gravierender aus als erwartet. Der Vergleich zur Vorumfrage (3.-6. März 2020) zeigt, mit welcher Dramatik sich die Situation verschlechtert hat. Vor drei Wochen gingen 33 Prozent der Betriebe von einer geringeren Nachfrage nach den eigenen Produkten und Dienstleistungen als Folge der Corona-Krise aus. Heute beklagen bereits mehr als 60 Prozent einen merklichen Rückgang. Über Liquiditätsengpässe berichten 41 Prozent der Betriebe, während in der Vorumfrage lediglich zwölf Prozent diese erwartet hatten.

38 Prozent der Betriebe sehen sich angesichts der Entwicklungen gezwungen, bei ihren Investitionsplänen hierzulande Abstriche zu machen. Das zeigt auch in welchem Ausmaß die Betriebe ihre Geschäftsplanungen überdenken.

Unterstützung ist gefragt

Angesichts der enormen wirtschaftlichen Herausforderungen haben die Bundes- und Landesregierungen eine Reihe von Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Besonders hohe Relevanz haben hierbei Liquiditätsunterstützungen durch Zuschüsse und Stundungen sowie das Kurzarbeitergeld (68 Prozent). In der Industrie erachten sogar 84 Prozent der Betriebe das Kurzarbeitergeld derzeit als ein für sie wichtiges Instrument.

Mehr als zwei Drittel der Unternehmen sehen staatliche Zuschüsse als besonders wichtig an. Zuschüsse erleichtern es Betrieben, ihre laufenden Kosten zu bestreiten. Gerade für kleine Betriebe bis 19 Beschäftigte ist dies die wichtigste Unterstützungsmaßnahme. Ein ebenfalls wirksames Element aus Sicht der Unternehmen, um Cash im Unternehmen zu halten, sind Steuerstundungen bzw. die Anpassung der Vorauszahlungen (60 Prozent). Damit bleibt das Geld in den Betrieben und kann eingesetzt werden, um das Unternehmen in dieser schwierigen Phase zu sichern.



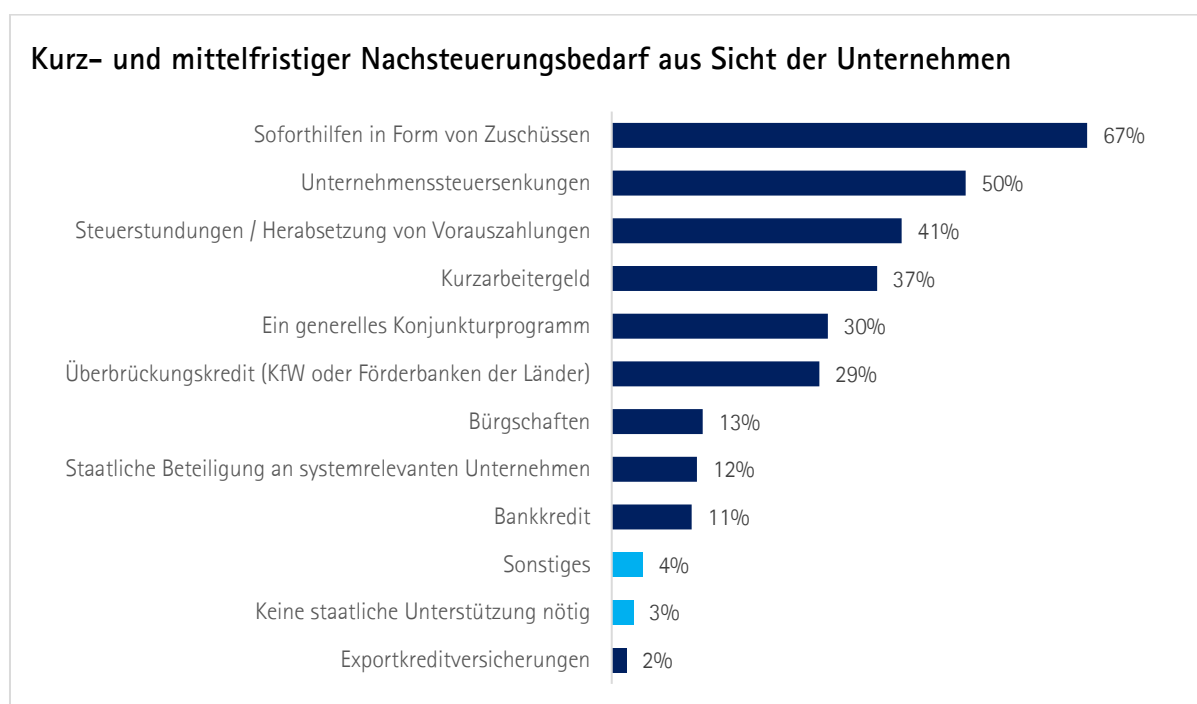
Umsatz- und Geschäftsplanungen sind angesichts der Krise derzeit für Unternehmen nicht seriös möglich. Umso schwieriger ist damit das Kreditgeschäft, zumal die Betriebe auch kaum einschätzen können, wann eine Rückzahlung der Kredite möglich ist. Gleichzeitig ist die Beantragung und Entscheidung nicht zuletzt auch wegen Vorgaben der Bankenregulierung aufwändig. Dennoch sehen knapp die Hälfte der Betriebe entweder im Bankkredit (16 Prozent) oder in den Überbrückungsdarlehen der Förderbanken (knapp ein Drittel) eine Möglichkeit, um über diese schwierige Phase zu kommen. Zudem wollen 12 Prozent auf Bürgschaften zurückgreifen.

Die Unternehmen hatten in der Umfrage die Möglichkeit, weitere Maßnahmen von hoher Relevanz zu nennen. Hier haben viele Unternehmen erneut auf die große Bedeutung der Zuschüsse für das Aufrechterhalten ihrer Geschäfte hingewiesen. Zusätzlich wurde auch die Stundung von Mieten, Krankenkassenzahlungen oder Versicherungsbeiträgen als Maßnahme vorgeschlagen.

Kontinuierliches Nachsteuern gefordert

Angesichts der drastischen Auswirkungen auf die Wirtschaft sehen die Betriebe den dringenden Bedarf, dass Hilfen auch schnell ankommen. Nicht zuletzt daher stellt sich die Frage, ob es sowohl im Verfahren wie in der Ausstattung der Programme Anpassungsbedarf gibt. Zwei Drittel der Unternehmen sehen bei den Zuschüssen durch den Staat weiteren Handlungsbedarf. So wurden teilweise Programme angekündigt, aber noch nicht flächendeckend ausgerollt. Auch allgemeine Steuerentlastungen hält die Hälfte für notwendig. 41 Prozent wünschen sich Erleichterungen bei der Umsetzung der Steuerstundungen.

Die Unternehmen hatten die Möglichkeit, in der Umfrage weitere Hinweise für die Politik zu geben. So haben mehrere Unternehmen darauf hingewiesen, dass das Kurzarbeitergeld auch für Auszubildende in den ersten sechs Wochen ermöglicht werden sollte. Zudem sollten alle Maßnahmen möglichst flexibel und unbürokratisch durchgeführt werden können.



Methodik:

Die Umfrage hat vom 24. bis 26. März 2020 stattgefunden. Rund 15.000 Unternehmen haben an der Umfrage teilgenommen.

Die Antworten verteilen sich auf die Industrie (19%), Baugewerbe (6%), Einzelhandel (12%), Großhandel (7%), Verkehr und Lagerei (4%), Reisewirtschaft (4%), Gastgewerbe (9%), Gesundheitswirtschaft (3%), Sonstige Dienstleistungen (36%)

Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 1-19 Beschäftigte (62%), 20-199 Beschäftigte (29%), 200-499 Beschäftigte (5%), 500-999 Beschäftigte (2%), über 1.000 Beschäftigte (2%).

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dink.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Dr. Ilja Nothnagel, Melanie Vogelbach, Katharina Huhn, Kevin Heidenreich

Grafik

Lola Machleid

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

März 2020